

V E R T R A G **über Planungsleistungen**

Verkehrsanlagen
gem. § 47 HOAI 2021

**über Abriss und Neubau auf dem Gelände
der Zentralen Werkstatt Infrastruktur (ZWI)**

zwischen der

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Kurt-Schumacher-Straße 8
60311 Frankfurt am Main

im Folgenden **AG** bzw. **VGF** genannt

und

.....
.....
.....

- im Folgenden **AN** genannt -

Präambel

Die VGF ist tätig als Verkehrsdienstleisterin beim Betrieb des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Frankfurt am Main. Sie ist Betreiberin von Schienen-Personenbeförderungsleistungen (Straßen- und Stadtbahnen) und zugleich Verkehrsinfrastrukturunternehmen i.S.d. § 10 Hessisches ÖPNVG. Auf neun U-Bahn- und zehn Straßenbahnlinien sorgen rund 400 Schienenfahrzeuge der VGF für umfassende Mobilität. Die VGF ist verantwortlich für die rollende und die ortsfeste Infrastruktur (ober- und unterirdisch), für das Verkehrsmanagement, für Sauberkeit, Sicherheit, Service und Kundendienst. Darüber hinaus erbringt die VGF für die Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) ÖPNV-Businfrastrukturdienstleistungen z.B. an Bushaltestellen.

Auf dem Grundstück der Verkehrsgesellschaft Frankfurt in der Hanauer Landstraße 345 befinden sich die Zentralen Werkstätten Infrastruktur (ZWI). Neben dem 1. Bauabschnitt, Neubau von 2014, liegt eine alte Schweiß- und Biegehalle mit angrenzender Gleisarbeitsfahrzeugabstellhalle (Baujahr 1984), ein ehemaliges Kantinegebäude mit dazugehörigen Garagen und Garagen für den VGF-Fuhrpark (LKW). In diesem Gebäude sind noch drei Wohnungen derzeit bewohnt. Im Außenbereich sind diverse Lagerplätze für den Gleisbau, eine Außenkrananlage, ein Schottersilo mit Grube, eine Schlammgrube (Entwässerungsgrube) sowie Parkplätze verortet.

Um die vielfältigen zukünftigen Anforderungen eines modernen und innovativen Nahverkehrsdienstleisters erfüllen zu können, ist eine Modernisierung bzw. ein Neubau der Gebäude unumgänglich. Im Zuge eines Gutachtens durch ein externes Ingenieurbüro wurde festgestellt, dass ein Umbau bzw. eine Sanierung unwirtschaftlich und daher ein Neubau zu priorisieren ist. Die VGF beabsichtigt daher den Abriss der vorhandenen Schweiß- und Biegehalle mit angrenzender Gleisfahrzeugabstellhalle und den Neubau eines kombinierten Gebäudes bestehend aus Werkstätten, Lagern und einem Bürotrakt.

Darüber hinaus sind die vor Ort vorhandenen LKW-Garagen, das alte Kantinegebäude (aktuell an drei Parteien vermietet und ist vor dem Abriss zu entmieten) und das Schottersilo samt seiner Grube ebenfalls in einem maroden Zustand, so dass aus wirtschaftlicher Sicht auch hier nur ein Neubau einer frostfreien Abstellmöglichkeit für die Fahrzeuge Sinn macht und als Ersatz für das Schottersilo z.B. ein Außenlager errichtet werden kann. Die Planung eines Neubaus für Wohnraum ist nicht Teil des Bauvorhabens. Die auf dem Gelände befindliche Schlammgrube muss beibehalten werden, kann jedoch entwurfsabhängig an vorhandener Position abgerissen und auf dem Grundstück neu platziert werden.

Gleichzeitig ist im Rahmen dieses Projektes beabsichtigt, eine zukünftige Zentralisierung der Büroarbeitsplätze der Fachbereiche NT31 (Fahrweg) und NT34 (Elektrische Anlagen) auf dem Gelände der ZWI zu planen. Die derzeitigen Nutzungen, wie z. B. Schienenbiegen und die Entsorgung des Kehrtrichts, müssen weiterhin dauerhaft sichergestellt werden.

§ 1

Gegenstand des Vertrages

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Beauftragung des AN durch den AG mit der Erbringung von Planungsleistungen (Grundleistungen und besonderen Leistungen) betreffend den Abriss und Neubau der Zentralen Werkstätten Infrastruktur (ZWI) der VGF in Anlehnung an HOAI 2021:
 - Anlage 13 Nummer 13.1 zu § 47 Leistungsbild Verkehrsanlagen i. V. m. Anlage 2 dieses Vertrages
- (2) Die mit diesem Vertrag beauftragten Grundleistungen ergeben sich aus der Anlage 2 sowie der Teilleistungstabelle Verkehrsanlagenplanung (Anlage 3).
- (3) Die mit diesem Vertrag beauftragten besonderen Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung Nr. 5.2, 5.3, 5.4, 5.5 und 5.8 (Anlage 2).
- (4) Zu planen sind folgende Verkehrsanlagen gemäß Leistungsbeschreibung (Anlage 2) des AG/VGF:
 - Gleisanlagen
 - Befestigte und befahrene Flächen
 - Zu- u. Ausfahrten auch unter Berücksichtigung von Anlieferverkehr mit Umfahrungs- bzw. Wendemöglichkeit
 - Stellplätze, auch für E-Mobilität (Bike und KFZ (LKW?))
 - koordinierte Gesamttrassenplanung
- (5) Der AN hat bei seiner Leistungserbringung die jeweils einschlägigen und jeweils aktuellen Vorgaben des „Handbuchs für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau“ (HVA B-StB) bzw. des „Handbuchs für die Vergabe und Ausführung von Lieferungen und Leistungen im Straßen- und Brückenbau“ (HVA-L-StB) entsprechend zu beachten (insbesondere Teil 3), inkl. der dort vorgegebenen Formular-Muster, die jeweils unter der Homepage des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur abgerufen werden können.

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- (1) Nachrangig zu diesem Vertrag sind folgende Anlagen Vertragsbestandteile:
 1. Vertragsbedingungen/Regelwerke der VGF für die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen, nebst AVA und CAD-Richtlinie der VGF, **Anlage 1**
 2. Leistungsbeschreibung, **Anlage 2**
 3. Teilleistungstabelle, **Anlage 3**

4. Grobkostenschätzung nach DIN 276 des AG, **Anlage 4**
5. Bewertung Honorarzone und Honorarsatz, **Anlage 5**
6. Honorarermittlung, **Anlage 6**
7. Planungsunterlagen Planungs-Arge, **Anlage 7**
8. Bestandspläne, **Anlage 8**
9. Bestandsbilderdokumentation, **Anlage 9**
10. Flächenbedarf, **Anlage 10**
11. Muster Statusbericht, **Anlage 11**
12. Regelwerke, **Anlage 12**

- (2) Im Falle von Widersprüchen zwischen den Regelungen dieses Vertrags und den weiteren Vertragsbestandteilen haben die Regelungen dieses Vertrags stets Vorrang.

Im Übrigen gilt im Falle von Widersprüchen die vorstehend angegebene Reihenfolge der Vertragsbestandteile. Die einzelnen Vertragsbestandteile sind jedoch als integrale und sich gegenseitig ergänzende Vertragsbestandteile zu verstehen. Das heißt auch dann, wenn eine Leistung in einem nachrangigen Vertragsbestandteil beschrieben, in einem vorrangigen Vertragsbestandteil jedoch nicht aufgeführt ist, handelt es sich nicht um einen Widerspruch zwischen den einzelnen Vertragsbestandteilen. In diesem Fall ist die Leistung vom AN vielmehr auch dann geschuldet, wenn sie erst in einem nachrangigen Vertragsbestandteil aufgeführt wird. Ein Widerspruch liegt hingegen z.B. vor, wenn Leistungen in den Vertragsbestandteilen unterschiedlich beschrieben sind. In diesem Fall gilt die vorstehend angegebene Reihenfolge der Vertragsbestandteile und die Leistung ist vom AN so auszuführen, wie im vorrangigen Dokument beschrieben.

Bei Widersprüchen zwischen gleichrangigen Vertragsbestandteilen (z.B. Plänen) geht zunächst die speziellere Unterlage der allgemeineren vor. Existiert kein solches Spezialitätsverhältnis so geht bei gleichrangigen Unterlagen die jüngere der älteren Unterlage vor. Maßgeblich ist das Ausfertigungsdatum des Dokuments bzw. bei Indexfortschreibungen das Einfügungsdatum der inhaltlichen Änderung.

Paragrafen ohne Gesetzesangabe sind solche dieses Vertrags.

§ 3 **Leistungen des AN**

- (1) Die vom AN zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus diesem Vertrag nebst seinen Anlagen.
- (2) Der AN ist verpflichtet, sämtliche zur Erreichung der vereinbarten Vertragsziele erforderlichen Leistungen zu erbringen und Pflichten zu erfüllen, die sich aus dem beauftragten

Leistungsinhalt ergeben. Er hat dabei die Grundsätze der Funktionalität und größtmöglichen Wirtschaftlichkeit sowohl bei der Planung des Baus als auch für den späteren Betrieb und die Unterhaltung des fertiggestellten Baus zu beachten.

- (3) Der AN hat hierzu – vorbehaltlich noch zu erfolgender etwaiger weiterer Beauftragungen, die jeweils durch einzelne Auftragsschreiben erfolgt – insbesondere die nachfolgend genannten Leistungen zu erbringen. Bei den nachstehend aufgeführten Leistungen handelt sich nur um Mindestanforderungen an eine vertragsgemäße und mangelfreie Leistungserbringung durch den AN zur Erreichung der vereinbarten Vertragsziele. Die vom AN mit diesem Vertrag geschuldeten Tätigkeiten/Leistungen umfassen dementsprechend auch Leistungen und Pflichten, die nachfolgend nicht aufgeführt, aber zur Erreichung der vereinbarten Vertragsziele erforderlich sind.
- (4) Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Es sind folgende Stufen mit folgenden Leistungsinhalten vorgesehen:
 - a) **Stufe 1: Grundlagenermittlung und Vorplanung (LPH 01 – 02)**
Die Leistungen der Stufe 1 umfassen die Leistungen gem. Ziffern 5.1 und 5.2 der Leistungsbeschreibung inkl. der dort den LPH zugeordneten besonderen Leistungen (**Anlage 2**) und den Teilleistungstabellen (**Anlage 3**)
 - b) **Stufe 2: Entwurfs- und Genehmigungsplanung (LPH 03 – 04) - optional**
Die Leistungen der Stufe 2 umfassen die Leistungen gem. Ziffern 5.3 und 5.4 der Leistungsbeschreibung inkl. der dort den LPH zugeordneten besonderen Leistungen (**Anlage 2**) und den Teilleistungstabellen (**Anlage 3**)
 - c) **Stufe 3: Ausführungsplanung, Vorbereitung- und Mitwirkung bei der Vergabe (LPH 05 – 07) - optional**
Die Leistungen der Stufe 3 umfassen die Leistungen gem. Ziffer 5.5, 5.6 und 5.7 der Leistungsbeschreibung inkl. der dort den LPH zugeordneten besonderen Leistungen (**Anlage 2**) und den Teilleistungstabellen (**Anlage 3**)
 - d) **Stufe 4: Objektüberwachung (Bauüberwachung) und Dokumentation (LPH 08) - optional**
Die Leistungen der Stufe 4 umfassen die Leistungen gem. Ziffer 5.8 der Leistungsbeschreibung inkl. der dort den LPH zugeordneten besonderen Leistungen (**Anlage 2**) und den Teilleistungstabellen (**Anlage 3**)
- (5) Beauftragt sind mit dem Abschluss dieses Vertrags zunächst nur die vorstehend beschriebenen Leistungen der Stufe 1.
- (6) Eine etwaige Beauftragung der Leistungen weiterer Stufen erfolgt durch gesonderten schriftlichen Auftrag des AG nach Zustandekommen dieses Vertrags.

- (7) Dem AG steht es frei, Leistungen weiterer Stufen zu beauftragen oder hiervon abzusehen.

Beauftragt der AG den AN spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Fertigstellung der Leistungen der vorangegangenen Stufe schriftlich mit der Ausführung der Leistungen einer weiteren Stufe, ist der AN verpflichtet, diese weiteren Leistungen ebenfalls zu den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen.

Sollte der AG davon absehen, den AN mit Leistungen weiterer Stufen zu beauftragen, stehen dem AN deswegen keinerlei Ansprüche gegen den AG zu; insbesondere nicht solche auf Entschädigung, Vergütung oder Schadensersatz.

- (8) Aus der stufenweisen Beauftragung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars ableiten.
- (9) Der AN sichert dem AG zu, dass er – auch im Falle einer Beauftragung der Leistungen weiterer Stufen – über ausreichende personelle Kapazitäten verfügt, um geänderte oder zusätzliche Leistungen zu erbringen. Er ist berechtigt, zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag Subplaner einzusetzen, bleibt aber alleiniger Ansprechpartner des Auftraggebers.
- (10) Der AN ist bis zur Fertigstellung seiner Leistung verpflichtet, jeweils zum 3. Werktag eines jeden Monats den Stand der Vertragserfüllung einschließlich der Entwicklungen des vorherigen Monats schriftlich in einem kurzen und übersichtlichen Statusbericht, gemäß dem Muster in Anlage 11 zu dokumentieren und diesen an den AG und ggf. einen etwaig vom AG beauftragten Projektsteuerer zu übersenden.

In diesem Statusbericht ist vom AN jeweils auch anzugeben, ob die mit dem AG vereinbarten Termine eingehalten werden. Sollte dies nicht der Fall sein, ist vom AN in dem Statusbericht auch anzugeben, um welchen konkreten Zeitraum sich die mit dem AG vereinbarten Termine verschieben und was die konkreten Ursachen hierfür sind. Ferner hat der AN in dem Statusbericht auch anzugeben, ob und ggf. welche Änderungen sich hinsichtlich der Termine gegenüber dem jeweiligen Vormonat ergeben, wobei auch die konkreten Ursachen für solche Veränderungen gegenüber dem Vormonat vom AN anzugeben sind.

Ferner ist der AN verpflichtet, in dem Statusbericht auch anzugeben, ob das vertraglich vereinbarte Baubudget eingehalten wird und – sollte dies nicht der Fall sein – die konkreten Gründe für eine Baubudgetüberschreitung zu benennen. Hierbei hat der AN jeweils auch anzugeben, ob und ggf. welche Änderungen sich im Hinblick auf das Baubudget gegenüber dem jeweiligen Vormonat ergeben, wobei der AN auch die konkreten Ursachen zu benennen hat, die zu der Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat geführt hat.

§ 4 Baubudget

- (1) Dem AG steht nur ein bestimmtes Budget für die Ausführung der geplanten Werk- und Bauleistungen gem. Anlage 4 von 33.506.000,00 € (KG 200-500) zur Verfügung. Die Einhaltung des Baubudgets gilt als Vertragsziel der beauftragten Architekten für die Objektplanung Gebäude und Innenräume.

Für den Fachplaner Verkehrsplanung (AN) besteht Mitwirkungspflicht bei der Einhaltung seines Teils des Baubudgets von 1.841.000,00 € gem. Anlage 4. Nach Abschluss der Entwurfsplanung (Lph. 3) wird, auf Grundlage der durch AG frei gegebenen Kostenberechnung über alle beauftragten Anlagengruppen gemäß DIN 276-2018, ein Baubudget für alle Anlagen der Kostengruppe 200-400 als Vertragsziel vereinbart. Die Einhaltung des Baubudgets von 1.841.000,00 € gilt als Vertragsziel für den Fachplaner Verkehrsplanung (AN) für die Verkehrsanlagen.

- (2) Der AN ist verpflichtet, dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn erkennbar wird, dass das Baubudget gem. § 4.1 überschritten wird. Der AN ist verpflichtet in jeder Phase der von ihm zu erbringenden Leistungen insbesondere die Entwicklung der Kosten zu kontrollieren.
- (3) Der AN ist zudem verpflichtet, bei einer sich abzeichnenden Überschreitung des Baubudgets gem. § 4.1 unverzüglich Vorschläge zu erarbeiten, mit denen dieses Baubudget – möglichst unter Beibehaltung der vereinbarten Vertragsziele – eingehalten werden kann und auf Anforderung des AG entsprechend so umzuplanen, dass das Baubudget gem. § 4.1 eingehalten wird. Sollte der AG die Planungs- oder Überwachungsziele ändern und es hierdurch zu einer Überschreitung des Baubudgets gem. § 4.1 kommen, ist der AN verpflichtet, den AG hierauf unverzüglich schriftlich unter Nennung des Netto-Geldbetrags, um den dieses Baubudget überschritten wird, hinzuweisen. Der AN hat in diesem Fall mit seinem Hinweis rechtzeitig vor Ausführung die schriftliche Entscheidung des AG einzuholen, ob die entsprechende Änderung der Planungs- oder Überwachungsziele gleichwohl vom AN umgesetzt werden soll. Teilt der AG dem AN mit, dass die Änderung der Planungs- oder Überwachungsziele gleichwohl durch den AN umgesetzt werden soll und setzt der AN diese Änderung um, erhöht sich das Baubudget gem. § 4.1 um den vom AN gemäß Satz 1 dieses § 4.1 benannten Netto-Geldbetrag, es sei denn der AG hat diesem Betrag mit seiner Mitteilung, dass die Änderung der Planungs- oder Überwachungsziele durch den AN umgesetzt werden soll, widersprochen. In diesem Fall erhöht sich das Baubudget gem. § 4.1 in Höhe des objektiv zutreffenden Netto-Geldbetrags, um welchen das in § 4.1 vereinbarte Baubudget infolge der Änderung der Planungs- oder Überwachungsziele durch den AG überschritten wird.

§ 5

Datenaustausch

Für den Datenaustausch gilt: Die durch den AG bereit gestellte Projektplattform Awaro ist zu verwenden.

Die Planunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen sind dem Auftraggeber in digitaler Form (Planunterlagen im DWG -Format, bis Version AutoCAD 2019, und als PDF-Format zu übergeben; Beschreibungen und Berechnungen als Word- bzw. Excel-Datei im docx- bzw. xlsx-Format und als PDF-Format; Präsentationen als PowerPoint-Datei im pptx-Format und als PDF-Format; Terminplanungen sind mit MS-Projekt zu erstellen und als mpp-Format sowie PDF zu übergeben und zusätzlich in analoger Form als kopierfähiger Farbausdruck zu übergeben.

Digitale Bestands- und Neuplanungen sind gemäß CAD-Richtlinie des Auftraggebers aufzustellen (**Anlage 1**); Bei der Erstellung von Leistungsverzeichnissen gelten die Dateiformate und Vorgaben aus der AVA-Richtlinie des AG (**Anlage 1**); Ausschreibungstexte sind gemäß Standardleistungsbuch (STLB-Bau) aufzustellen; die Gliederungsvorgaben sowie die Allgemeine Baubeschreibung des AG sind anzuwenden

Der Auftragnehmer hat die von ihm zu übergebenden Unterlagen im nötigen Umfang zu bearbeiten, u. a. normengerecht farbig und mit Planzeichen und Legende anzulegen sowie DIN-gerecht zu falten. Das Schriftfeld des Auftraggebers ist zu übernehmen.

§ 6

Abnahme

Die Leistungen des AN werden spätestens innerhalb von zwei Monaten nach vollständiger Fertigstellung der letzten beauftragten Leistung förmlich im Rahmen einer Abschlussbesprechung schriftlich abgenommen, sofern der AN dem AG die vollständige Fertigstellung rechtzeitig schriftlich mitgeteilt und die vollständige, im Wesentlichen mangelfreie Erfüllung, nachgewiesen hat.

§ 7

Termine

- (1) Die Parteien vereinbaren die nachfolgend aufgeführten maximalen Termine/ Fristen, für die mit diesem Vertrag beauftragten Leistungen der Stufe 1 gem. § 3; jeweils ab Datum des Projektbeginns. Das Datum des Projektbeginns ist das erste Projektstartgespräch, zu dem der AG einlädt („Kick-Off“) und in der Einladung ausdrücklich darauf hinweist, dass es sich um das Projektstartgespräch handelt. Der Projektbeginn erfolgt jedoch ungeachtet dessen spätestens 1 Woche nach Zuschlag, auch wenn der AG nicht zum Projektstartgespräch einladen sollte.

- a) Beginn der Leistungen des AN: **1 Woche**
nach Eingang
Zuschlagsschreiben
- b) Fertigstellung der Leistungen der **Stufe 1** **12 Wochen**
nach Beginn der
Leistungen
- (2) Für den Fall der Beauftragung der weiteren Stufen gem. § 3 dieses Vertrags, vereinbaren die Parteien zudem folgende Termine/ Fristen
 - a) Fertigstellung der Leistungen der **Stufe 2 optional** **45 Wochen**
nach Beauftragung
der Stufe 2
 - b) Fertigstellung der Leistungen der **Stufe 3 optional** **80 Wochen**
nach Beauftragung
der Stufe 3
 - c) Fertigstellung der Leistungen der **Stufe 4 optional** **122 Wochen**
Nach Beauftragung
der Stufe 4
- (3) Ungeachtet des vorstehenden § 7 Absätze 1 und 2 stellt die Einhaltung sämtlicher vereinbarter Termine ein eigenständiges vom AN zu erreichendes Vertragsziel im Rahmen dieses Vertrages dar. Sollte ein vereinbarter Termin auf Grund von Mängeln der mit diesem Vertrag beauftragten Planung, die der AN oder seine Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben, nicht gehalten werden können, so stellt unter anderem auch dies einen Mangel an den Leistungen des AN dar.
- (4) Die Nichteinhaltung der Termine ist unverzüglich der VGF anzuzeigen. Der AN hat mit der VGF in diesem Falle schriftlich neue angemessene Termine zu vereinbaren. Ein bereits eingetretener Verzug bei der Leistungserbringung entfällt jedoch auch durch neu vereinbarte Termine nicht.
- (5) Der AN ist verpflichtet, den Abruf der Leistungen der weiteren in § 3 Abs. 4 benannten Stufen jeweils so rechtzeitig schriftlich beim AG abzufordern, dass im Falle einer Beauftragung des AN mit diesen Leistungen, keine Verzögerung bei der weiteren Leistungserbringung eintreten kann. Dem AG muss mindestens eine Entscheidungsfrist von 3 Wochen bleiben.

§ 8 Vergütung

Leistungsbild Verkehrsanlagen, § 47 HOAI 2021 i. V. m. Anlage 2 des Vertrages

- a) Honorarzone, der das Bauvorhaben gemäß § 48 HOAI angehört:
Honorarzone III
- b) Honorarsatz:
Basishonorarsatz gemäß der Honorartafel des § 48 HOAI
- c) Anrechenbare Kosten
Die Honorarermittlung für die Grundleistungen richtet sich nach den jeweiligen anrechenbaren Kosten des Objekts; gemäß § 6 Abs. 2 HOAI 2021 werden folgende Kostenermittlungen zu Grunde gelegt:

Solange für die LPH 1 – 8 keine geprüfte Kostenberechnung vorliegt, werden die vorläufigen anrechenbaren Kosten auf der Grundlage des vorläufigen Kostenrahmes der VGF (**Anlage 4**) und (**Anlage 6**) vom **08.08.2023**, und nach Maßgabe des § 45 Abs.1 HOAI für die beauftragten Leistungen mit 1.933.000,00 / netto beziffert.

d) **Bewertung der Leistung Verkehrsanlagen § 47 HOAI 2021:**

Die Bewertung erfolgt gemäß dem Leistungsbild § 47 Verkehrsanlagen der HOAI und der Anlage 3. Die Leistungen werden mit den nachfolgenden festgelegten Prozentsätzen beauftragt.

Bearbeitungsstufe 1	beauftragt	gem. HOAI
LPH .1 - Grundlagenermittlung	1,75 %	2 %
LPH. 2 - Vorplanung	19,00 %	20 %
<hr/>		
Bearbeitungsstufe 2		
LPH. 3 - Entwurfsplanung	24 %	25 %
LPH. 4 - Genehmigungsplanung	7,50 %	8 %
<hr/>		
Bearbeitungsstufe 3		
LPH. 5 - Ausführungsplanung	15 %	15 %
LPH. 6 - Vorbereitung der Vergabe	10 %	10 %
LPH. 7 - Mitwirkung bei der Vergabe	2 %	4 %
<hr/>		

Bearbeitungsstufe 4

LPH. 8 - Bauüberwachung	15 %	15 %
LPH. 9 - Objektbetreuung	0 %	1 %

Summe der Grundleistungen	94,25 %	100 %
----------------------------------	----------------	--------------

- e) Zuschlag für Umbau und Modernisierung
für die Umbau- und Modernisierungsleistungen wird gemäß § 6 HOAI ein Zuschlag von 0 % auf das ermittelte Honorar (Grundleistungen ohne Kompensationszuschlag gem. nachfolgend lit. f und Nebenkosten) vereinbart.
- f) Mitzuverarbeitenden Bausubstanz
Die Vertragsparteien sind sich einig, dass keine detaillierte Ermittlung der anrechenbaren Kosten aus der mitzuverarbeitenden vorhandenen Bausubstanz erfolgt, da der Abbruch dieser mitzuverarbeitenden Bausubstanz bereits Teil der anrechenbaren Kosten und somit berücksichtigt ist, und daher kein Zuschlag für die mitzuverarbeitende Bausubstanz erfolgt.
- g) Zuschlag/Abschlag
Auf das nach den vorstehenden Parametern errechnete Nettohonorar wird ein Abschlag in Höhe von [.....]* oder ein Zuschlag in Höhe von [.....]*
(*Nichtzutreffendes bitte streichen) vereinbart.
- h) Nebenkosten gemäß § 14 HOAI
Alle anfallenden und für die Durchführung des Vertrages erforderlichen Nebenkosten werden mit einer Pauschale von 3 % des Nettohonorars vergütet. In dieser Nebenkostenpauschale sind insbesondere die Nebenkosten gem. § 14 Abs. 2 HOAI enthalten, vor allem:
- Fahrt- und Reisekosten
 - Arbeitskopien und Pausen wie folgt:
 - 3 Exemplare von Planunterlagen (LPH 2 und 4) mit Unterschriftenblatt, welche durch die VGF zu prüfen und freizugeben sind
 - 4 Exemplare der Genehmigungsunterlagen (LPH 5 und 8) mit Unterschriftenblatt für das Zustimmungsverfahren nach BOStrab
 - 5 Exemplare Genehmigungsverfahren nach HBO (Bauantrag)
 - 1 Exemplar der Planunterlagen von relevanten Planungsständen mit Unterschriftenblatt

- Darüber hinaus gehende Mehrexemplare werden auf Nachweis gesondert vergütet.
- Post- und Fernmeldegebühren
- Kosten, die für die Anpassung von Formaten und Schnittstellen der EDV (AVA, CAD etc.) erforderlich werden.

Weitere Nebenkosten werden vom AG nicht erstattet.

- i) Die VGF erstattet dem AN die auf die Vergütung und die Nebenkosten anfallende gesetzliche Umsatzsteuer.
- j) Für den Fall, dass eine Bewertung vorzunehmen ist, welcher Anteil der Vergütung auf eine vom AN zu erbringende Teilleistung entfällt, vereinbaren die Parteien, dass hierfür maßgebend – soweit einschlägig – die als **Anlage 3** beigefügten Teilleistungstabellen sind.

- k) Leistungen nach Stundenaufwand:

Soweit Leistungen nach Stundenaufwand vergütet werden, gilt Folgendes:

Der geschätzte Stundenaufwand ist dem AG vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu übermitteln.

Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage des nachgewiesenen und erforderlichen Zeitaufwands zu folgenden Stundensätzen:

Ingenieur:

.... EUR

Techniker/Zeichner:

.... EUR

Sekretariats- oder Assistenzmitarbeiter werden nicht zusätzlich vergütet. Zuschläge für Wochenend- oder Nachtarbeit werden nicht gewährt.

Die Abrechnung erfolgt nach Zeittakten von 6 Minuten (0,1 Stunde). Es wird für jede vollendeten 6 Minuten (1/10 des Stundensatzes) abgerechnet.

Die vorgenannten Verrechnungssätze verstehen sich jeweils netto inkl. Nebenkosten.

Die geleisteten Stunden sind vom AN unter Angabe des Zeitpunkts (Uhrzeit von/bis) der Erbringung der geleisteten Arbeiten, einer genauen Beschreibung der erbrachten Leistung (z.B. Bezeichnung der überarbeiteten Pläne mit Nr., Datum und Index sowie Beschreibung der vorgenommenen Anpassungen) und der namentlichen Benennung des Bearbeiters nebst seiner Qualifikation (Architekt/Ingenieur oder Techniker/Zeichner) zu dokumentieren. Diese Dokumentation ist dem AG wöchentlich zu übergeben.

§ 9 Zahlungen

- (1) Der AN übermittelt alle seine Rechnungen nebst Nachweisen für die erbrachte Leistung ausschließlich in elektronischer Form als durchsuchbare PDF-Datei.
- (2) Der AN erhält bei ordnungsgemäßer Leistungserbringung Abschlagszahlungen entsprechend dem Leistungsstand. Abschlagsrechnungen müssen prüfbar sein und den Nachweis des erreichten Leistungsstandes enthalten. Nachweise für die erbrachten Leistungen sind dem AG mit der Abschlagrechnung zu übergeben/übermitteln, sofern diese nicht schon nachweislich dem AG übergeben/übermittelt worden sind.
- (3) Abschlagszahlungen werden innerhalb von 28 Tagen nach Zugang der prüffähigen Rechnung fällig. Mit der Zahlung von Abschlagrechnungen ist keine Teilabnahme verbunden.
- (4) Die Schlusszahlung ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Schlussrechnung mit Nachweisen der Leistungserbringung (sofern Sie nicht bereits bei der Abnahme übergeben wurden) und förmlicher Abnahme der Leistungen des AN fällig.

§ 10 Kündigung

- (1) Der AG kann den Vertrag jederzeit kündigen. Im Übrigen ist der Vertrag für beide Seiten aus wichtigem Grund kündbar. Der AG ist insbesondere berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn
 - der AG seine Planungs- oder Bauabsicht für das Projekt oder Teile davon – aus welchen Gründen oder Motiven auch immer – aufgibt oder
 - dem AG die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses wegen nach Vertragsabschluss eingetretener, vom AG nicht zu vertretender Umstände nicht mehr zugemutet werden kann oder
 - das Vertrauensverhältnis zum AN nachhaltig gestört ist oder
 - der AN seine Zahlungen eingestellt hat oder die Eröffnung des Insolvenz-, Vergleichs- oder Gesamtvollstreckungsverfahrens über sein Vermögen beantragt ist oder er die eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO abgegeben hat.
- (2) Im Fall von Leistungsstörungen oder Leistungsverzug des AN bedarf es vor Ausspruch einer Kündigung aus wichtigem Grund der Setzung einer vorherigen angemessenen Frist zur Abhilfe und einer fruchtlosen Nachfristsetzung mit gleichzeitiger Kündigungsandrohung. Letzteres ist entbehrlich, wenn der AN die Erfüllung seiner Vertragspflichten verweigert oder die weitere Leistungserbringung aus vertragswidrigen Gründen von Gegenleistungen abhängig gemacht hat.

- (3) Die Kündigung des AG kann auf Teilleistungen des Vertrages beschränkt werden. In diesem Fall gelten die nachfolgenden Abrechnungsregeln – beschränkt auf die gekündigten Leistungen – entsprechend. Im Übrigen bleibt der Vertrag vollständig gültig und ist mit dem aufgrund der Teilkündigung reduzierten Leistungsinhalt durchzuführen.
- (4) Hat der AG aus wichtigem Grund gekündigt oder der AN aus einem Grund gekündigt, den der AG nicht zu vertreten hat, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, nachgewiesenen und vom AG verwertbaren Leistungen einschließlich der für diese Leistungen nachweisbar entstandenen Nebenkosten zu vergüten. Schadensersatzansprüche des AG bleiben im Falle einer von ihm ausgesprochenen Kündigung aus wichtigem Grund unberührt. Der AG ist insbesondere berechtigt, die infolge der Kündigung entstandenen oder entstehenden Mehrkosten, vor allem aus der Beauftragung eines Dritten oder solche, die infolge eines Leistungsverzugs des AN entstehen oder entstanden sind, vom AN ersetzt zu verlangen und damit gegen einen etwaigen Honoraranspruch des AN aufzurechnen.
- (5) In allen anderen Fällen, insbesondere wenn der AG ohne wichtigen Grund gekündigt hat oder der AN aus wichtigem Grund gekündigt hat, den der AG zu vertreten hat, erhält der AN für die ihm übertragenen Leistungen das vereinbarte Pauschalhonorar unter Abzug ersparter Aufwendungen. Diese werden hiermit einvernehmlich, zur Vermeidung etwaiger Abrechnungsschwierigkeiten, pauschal, im Interesse beider Vertragsparteien, auf 95 % festgelegt. Dem AN steht mithin ein Pauschalhonorar für die an ihn beauftragten, jedoch von ihm wegen der Kündigung nicht mehr erbrachten Leistungen in Höhe von 5 % des dafür vereinbarten Honorars zu.
- Beiden Parteien bleibt der Nachweis offen, dass die durch die Kündigung tatsächlich ersparten Aufwendungen oder der durch angenommene Ersatzaufträge oder böswillig nicht angenommene Ersatzaufträge anderweitige Erwerb den vereinbarten Pauschalsatz übersteigen bzw. unterschreiten.
- (6) Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrages hat der AN seine Leistungen so abzuschließen, dass der AG diese ohne Schwierigkeiten übernehmen und die Weiterführung derselben durch einen Dritten veranlassen kann. Der AN hat dem AG den vollständigen Leistungsstand bis zum Zugang der Kündigung innerhalb von zwei Wochen nach Zugang derselben durch Vorlage aller bereits erbrachten Leistungen und Unterlagen nachzuweisen und herauszugeben und einen entsprechenden Abschlussbericht vorzulegen.
- (7) Die Abrechnung des tatsächlich bis zum Zugang der Kündigung gegebenen Leistungsstandes erfolgt auf der Grundlage der vom AN vorgelegten Unterlagen und Dokumentationen. Im Streit- oder Zweifelsfall ist der AG berechtigt, den Leistungsstand nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) zu bestimmen.

§ 11

Urheberrecht, Veröffentlichungen

- (1) Der AN sichert dem AG zu, dass seine Leistungen frei von Rechten Dritter sind, und stellt ihn von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei.
- (2) Die urheberrechtlichen Befugnisse und sämtliche damit zusammenhängenden Nutzungs- und Verwertungsrechte an Programmen, Unterlagen, Plänen, Berechnungen usw. werden dem AG zum Gebrauch für das vertragsgegenständliche Projekt übertragen. Der AG darf die vom AN angefertigten Unterlagen ohne Mitwirkung des AN nutzen, ändern und ergänzen. Diese werden Eigentum des AG.
- (3) Sämtliche dem AN vom AG übergebenen Unterlagen hat der AN spätestens bei Vertragsbeendigung, ansonsten wenn er sie nicht mehr benötigt, dem AG zurückzugeben. Änderungen und Ergänzungen der übergebenen Unterlagen durch den AN sind unzulässig. Der AN darf die ihm übergebenen Unterlagen nicht anderweitig verwenden.

§ 12

Datenschutz

Die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten darf ausschließlich nach den gesetzlichen Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung erfolgen. Die Vertragspartner verwenden diese Daten ausschließlich zur Abwicklung gemäß Vertragsgegenstand und sichern zu, dass die maßgeblichen Bestimmungen des Datenschutzes eingehalten werden. Dies beinhaltet insb. die Einhaltung der Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 5 DS-GVO), die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Art. 6 DS.-GVO) sowie dem aktuellen Stand der Technik angepasste Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DS-GVO) und die Verpflichtung der Mitarbeitenden auf das Datengeheimnis bzw. auf die Vertraulichkeit (Art. 28 Abs. 3 lit.b DS-GVO).

§ 13

Schlussbestimmungen

- (1) Streitigkeiten berechtigen den AN nicht zur Zurückbehaltung von Leistungen oder Unterlagen. Bestehen im Einzelfall Meinungsunterschiede über den geschuldeten Leistungsumfang, entscheidet der AG darüber nach billigem Ermessen (§ 315 BGB).
- (2) Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist Frankfurt am Main.
- (3) Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.
- (4) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder un-

durchführbar sein oder dies werden, so berührt dies die Wirksamkeit der Vertragsbestimmungen im Übrigen nicht. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass dieser Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verpflichten sich die Parteien eine angemessene Regelung zu finden, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was sie gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, sofern sie dies bei Abschluss dieses Vertrages bedacht hätten. Entsprechendes gilt für etwaige Regelungslücken.

(5) Es findet ausschließlich deutsches Recht Anwendung.

(6) Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Kurt-Schumacher-Straße 8

60311 Frankfurt am Main

Auftragnehmer

XXXX